

»Wenn Daten da sind, werden sie verwendet«

Der Ruf nach schärferer Überwachung ist nach einem Amoklauf bekannter Reflex, hilft aber nicht, solche Taten zu verhindern. Gespräch mit Stefan Körner

Claudia Wrobel

Die Politik zeigte nach dem Amoklauf von München, aber auch nach dem Selbstmordattentat von Ansbach die üblichen Reflexe: Die Anonymität im Internet sei zumindest mit schuld. Deshalb müsse sie bekämpft werden. Warum ist es aber wichtig, sich online bewegen zu können, ohne digitale Fußabdrücke zu hinterlassen?

Wir sollten nicht außer acht lassen, dass ein Großteil unserer Kommunikation, unseres ganzen Lebens mittlerweile digital stattfindet. Wenn wir dabei überall Spuren hinterlassen, dann verlieren wir das, was wir aus der realen Welt kennen, dass man beispielsweise zu einer Demonstration gehen kann, ohne erfasst zu werden. Ich glaube, das macht unsere Gesellschaft aus, und vor allem ist es ein Grundpfeiler unserer Demokratie.

Vorratsdatenspeicherung, Pre-Paid-Sim-Karten, die zwingend registriert werden müssen – um nur die auffälligsten Debatten der vergangenen Monate zu nennen: Wie stark wurde bereits in unser Grundrecht eingegriffen?

Die verschiedenen Regierungen haben in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder versucht, die angesprochene Vorratsdatenspeicherung zu etablieren. Dies wurde von diversen Gerichten gestoppt. Zuletzt hat der Europäische Gerichtshof den Plänen widersprochen. Letztlich sind all diese Mechanismen Versuche des Staates, uns Bürger zu kontrollieren. Aus Sicht eines Innenministers scheint es auf den ersten Blick vielleicht

sogar verständlich, dass er wissen will, was die Menschen in seinem Land treiben – aber wir haben 80 Millionen Bürger in diesem Land und es ist einfach ein Fehler, davon auszugehen, dass sie alle Terroristen oder Verbrecher sind.

Kritik an diesem Vorgehen wird mit Verweis auf eine diffuse Torgefahr beiseite gewischt. Es werden aber auch immer wieder Rufe laut, Daten, die sowieso schon erhoben wurden, auch für andere Zwecke zu nutzen. Was also beabsichtigt die Regierung mit diesen Eingriffen?

Wäre ich Verschwörungstheoretiker würde ich viel mehr Möglichkeiten sehen, als den Versuch, für mehr Sicherheit zu sorgen. Ich gestehe den meisten Politikern aber durchaus zu, das Positive zu wollen. Ich würde also nicht sagen, dass es darum geht, uns alle hautnah zu kontrollieren. Erinnern Sie sich aber nur mal an die Lkw-Maut: Es wurde hoch und heilig versprochen, dass die erhobenen Daten niemals zu etwas anderem außer der Abrechnung genutzt werden. Dem ist aber nicht so. Es gab beispielsweise den Fall, dass jemand auf Lkw geschossen hat. Der wurde mit Hilfe der Mautinformationen überführt. Wenn eine Datensammlung da ist, wird sie verwendet – und das ist der Fehler im System.

Ein Nichthandeln, wenn Daten zu Straftaten vorliegen, wäre aber sicher an vielen Stellen schwer vermittelbar. Hat der Staat hier nicht auch eine Verantwortung, diese zu nutzen?

Nein. Genau das ist die feine Balance, die wir in einem Rechtsstaat wahren müssen. Es gibt beispielsweise den Grundsatz, dass man sich als Angeklagter nicht selbst belasten muss. Wenn ich nun aber einen Chip im Auto habe, der mein Bewegungsprofil aufzeichnet, belaste ich mich unter Umständen mit meinem Auto selber.

Millionen Menschen werden unter Generalverdacht gestellt. Aber können die gesammelten Informationen wirklich ermittlungstechnisch genutzt werden, oder hat man zum Schluss nur einen riesigen, undurchdringbaren Datenberg – einen Heuhaufen, in dem man eine Nadel sucht, von der man gar nicht weiß, wie sie aussieht?

Und wenn man die Nadel nicht gefunden hat, wirft man mehr Heu auf den Haufen. Ich glaube, dahinter steckt die Angst der Ermittlungsbehörden, sagen zu müssen, man wusste von nichts. Sie haben aber inzwischen immer öfter das Problem, dass sie zwar Informationen haben, diese aber nicht auswerten können. Hinterher können da sicherlich Zusammenhänge hergestellt werden, aber wir werden mit Sicherheit niemals in der Lage sein, das im Vorfeld zu identifizieren. Das hilft aber keinem einzigen Opfer. Es wird zwar beteuert, es seien Anschläge verhindert worden, aber das weiß man nie

genau.

Das Gerede von Prävention soll uns also nur einlullen?

Es ist vor allem ein Reflex, der sich unter Behörden, und vor allem Innenministerien breit gemacht hat: Sobald etwas passiert, fordern sie schärfere Gesetze. Der Ruf nach mehr Überwachung gehört dabei zum Standardrepertoire.

Stefan Körner ist Bundesvorsitzender der Piratenpartei

<http://www.jungewelt.de/2016/07-26/005.php>